



Presseschau vom 27.08.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

vk-Seite der Union der Kommunisten des Lugansker Landes: Am 25. August fand in Lugansk das vierte Plenum des Zentralkomitees der KP der LVR statt. An der Arbeit des Plenums nahmen Vertreter des Partei- und Komsomolaktivs der Republik teil. Die Teilnehmer des Plenums billigten die Ergebnisse der Arbeit der leitenden Organe in der abgelaufenen Periode und benannten perspektivische Pläne, insbesondere Maßnahmen zum 100. Jahrestag des Komsomol und zum 101. Jahrestag des Großen Oktober. Die Mitglieder des ZK beschlossen, eine Reihe organisatorischer Maßnahmen im Rahmen des bevorstehenden Besuches des Sekretärs des ZK der KPRF, des Abgeordneten der Staatsduma der RF Kasbek Tajsajew in der LV. Außerdem erörterten die Kommunisten der LVR die Tätigkeit Leonid Pasetschniks auf dem Posten als Oberhaupt der LVR und billigten es vollständig und erklärten ihre Unterstützung des Programms des 1. Fünfjahresplans der LVR - „Programm 2023“.

Vormittags:

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

de.sputniknews.com: Neue US-Sanktionen gegen Russland in Kraft getreten.

Die dem Fall in Salisbury gewidmeten US-Sanktionen gegen Russland sind am Montag um 00:00 Uhr Ortszeit (07.00 Moskauer Zeit) in Kraft getreten.

Die Beschreibung der Sanktionen in einer entsprechenden Anordnung des US-Außenministeriums wurde am Freitag im Federal Register, dem Amtsblatt der US-

Bundesregierung, offengelegt und am Wochenende offiziell veröffentlicht.

Als Anlass für die Sanktionen gilt der angebliche Einsatz chemischer Waffen durch Russland im britischen Salisbury. Die Strafmaßnahmen verbieten „jegliche Kredite, Bankgarantien und andere finanzielle Unterstützung“ für Russland seitens aller US-Behörden sowie setzen jegliche US-Hilfe aus, außer „dringender humanitärer Hilfe, Lebensmittel und anderen landwirtschaftlichen Produkten“.

Außerdem stoppt das US-Außenministerium die Ausstellung von Lizenzen für den Export von US-Waffen und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck an russische Staatsfirmen. Eine Ausnahme soll der Export bilden, der für die Zusammenarbeit im Weltraum, kommerzielle Weltraumstarts sowie die Gewährleistung der Flugsicherheit in der Zivilluftfahrt notwendig ist.

Reaktionen aus Moskau:

Laut Sacharowa sind die Sanktionen der USA bereits zu einer „Routinesache“ geworden. „Natürlich wird die neue Sanktionsrunde nichts außer zusätzlicher Spannung bringen, das ist offensichtlich“, erklärte die Außenamts-Sprecherin.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hatte die Verbindung der neuen antirussischen Sanktionen mit dem Vorfall in Salisbury früher als nicht rechtmäßig und unannehmbar bezeichnet. Sacharowa äußerte, die neuen US-Einschränkungsmaßnahmen würden unter einem erfundenen Vorwand eingeführt. Moskau werde darauf mit neuen Gegenmaßnahmen reagieren....

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 26. August 3:00 Uhr bis 27. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 1.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Golmowskij**

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Metallist (ukr. Trawnewoje) auf Golmowskij wurde eine Stromleitung beschädigt. Derzeit hat die Hälfte der Häuser in der Ortschaft keinen Strom

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 3.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 3.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung – der „Brot“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Moskau dementiert Berichte über russischen Luftangriff im Norden Afghanistans.

Russlands Verteidigungsministerium hat Berichte über einen angeblichen Luftangriff russischer Flugzeuge im Norden Afghanistans dementiert.

„Die Informationen der britischen Nachrichtenagentur Reuters über einen angeblichen Luftangriff russischer Flugzeuge gegen Kämpfer der islamischen Bewegung Taliban in einem

nordöstlichen Bezirk Afghanistans entsprechen nicht der Wirklichkeit“, heißt es aus dem Ministerium.

Demnach „haben russische Militärflugzeuge keine Kampfaufgaben im Bereich der Staatsgrenze zwischen der Republik Tadschikistan und Afghanistan erfüllt“.

Am Montag hatte Reuters unter Berufung auf zwei offizielle Sprecher Afghanistans gemeldet, dass Kampfflugzeuge Tadschikistans oder Russlands Bombenangriffe im Nordosten des Landes an der Grenze zu Tadschikistan geflogen hätten. Demnach soll der Angriff nach Auseinandersetzungen zwischen tadschikischen Grenzbeamten und Kämpfern geführt worden sein.

Nachmittags:

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters des operativen Kommandos der DVR über die Lage am 27.08.2018:

In den letzten 24 Stunden haben die Beobachter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination einen Beschuss in **Richtung Gorlowka** mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen festgestellt. Von den Kämpfern des Kriegsverbrechers Tatus aus der 72. Brigade wurde **Golomowskij** beschossen.

Nach Angaben unserer Quellen hat der Kommandeur der Besatzungskräfte, der Kriegsverbrecher Najew, von den Organen für Personalarbeit einen Bericht über den moralisch-psychischen Zustand der Soldaten in den ihm unterstellten Verbänden und Truppenteilen erhalten.

Daraus wurde uns bekannt, dass im Zeitraum vom 15. Juli bis 25. August in der 56. mechanisierten Brigade, die das besetzte Territorium gegenüber dem Donezker Flughafen einnimmt, 29 Fälle von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils und Desertion festzustellen sind.

Aber nach Informationen unserer Aufklärung gibt es solche Fälle weitaus mehr.

So haben in dem genannten Zeitraum in Folge nicht ordnungsgemäßer Beziehungen und der Anwendung von Gewalt gegen einfaches und Unteroffizierspersonal durch die Offiziere des Verbandes sowie von nicht zufriedenstellenden Lebensbedingungen und

Lebensmittelversorgung mehr als 40 Soldaten die Brigade rechtswidrig verlassen. Dabei flohen elf von ihnen unter Mitnahme von Waffen und Munition von den Frontpositionen.

Auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium des Donezker Oblast werden von den Besatzungskräften operative Maßnahmen zur Suche dieser Soldaten durchgeführt. Bisher ist es ihnen erst gelungen 6 Kämpfer in die Kasernen zurückzubringen.

Eine kritischere Situation ist in der 28. Brigade entstanden, in der die Unterordnungsstrukturen so weit zerfallen sind, dass der Stab der OOS für deren Wiederherstellung eine Kommission aus der Leitung der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ unter Führung des Leiters der operativen Leitung der Gruppierung O.W. Bondar entsandt hat.

Das Ziel dieser Kommission ist die Feststellung der realen Lage der Dinge in dem Verband und das Leisten von Unterstützung für die Kommandeure jeglicher Ebene bei der Lösung problematischer Fragen bei der Leitung der unterstellten Einheiten.

Außerdem hat der Stab der OOS die Aufgabe gestellt, alle zur Brigade hinzukommandierten Soldaten von den Frontpositionen abzuziehen und nur reguläre Kämpfer auf den Zugstützpunkten einzusetzen. Die in das Hinterland abgezogenen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die zuvor ihre Nichtunterordnung demonstriert haben, sollen anschließend zum Dienst in andere Verbände und Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone versetzt werden.

So sinkt die Personalausstattung der Brigade weiter auf kritische 57%, und in einzelnen Abschnitten an der Front bleiben im Verantwortungsbereich der Brigade je 3-4 Personen

anstelle der notwendigen 10-12.

Es ist interessant, dass gestern Poroschenko darüber ausländischen Diplomaten in Awdejewka berichtete. Am ehesten wohl, dass die ukrainische Armee so stark ist und sogar um die Hälfte reduziert werden kann und der Feind trotzdem nicht durchkommt? Oder hat er dennoch die Wahrheit gesagt, dass es mit jedem Tag weniger Dummköpfe gibt, die in den ukrainischen Streitkräften dienen wollen?

In jedem Fall sind die grundlegenden Plagen der ukrainischen Armee weiterhin der Alkoholismus und die fehlende Personalausstattung.

de.sputniknews.com: Deutschland fordert Reaktion auf US-Sanktionen gegen Russland. Europa muss auf die Sanktionspolitik Washingtons gegenüber Russland, China und anderen wichtigen Wirtschaftspartnern reagieren. Dies erklärte der deutsche Außenminister Heiko Maas bei der Eröffnung der Botschafterkonferenz am Montag in Berlin.

„Auch die Sanktionspolitik Washingtons zwingt uns, europäische Antworten zu formulieren. Es trifft auch Europa und Deutschland, wenn die USA plötzlich, unabgestimmt und vielfach auch unspezifisch, Sanktionen gegen Russland, China, die Türkei und in Zukunft vielleicht auch noch gegen andere unserer wichtigsten Handelspartner verhängen. Wir müssen darauf reagieren und die Autonomie und Souveränität Europas in der Handels-, Wirtschafts- und Finanzpolitik stärken“, sagte der Minister.

Ihm zufolge muss Deutschland „den neuen Ton aus Washington in unser außenpolitisches Handeln einpreisen“. „Wenn Europa im gleichen Atemzug mit Russland und China als Gegner der USA bezeichnet wird, wenn fast beiläufig das Nato-Bündnis in Frage gestellt wird, dann ist das eben nicht nur Rhetorik. Dann entsteht daraus eine neue strategische Realität, mit der wir dann auch umgehen müssen.“

Maas merkte an, dass es der schnellen europäischen Reaktion auf die neuen US-Sanktionen gegen Iran zu verdanken sei, dass eine ernstere Eskalation vermieden werden konnte. Maas zufolge „ist es nicht wenig, wenn man sich überlegt, was eine Alternative sei könnte: nukleares Wettrüsten in Nahost mit kalkulierbaren verheerenden Folgen“.

Zuvor hatte Maas erklärt, dass das Bundesaußenministerium die Strategie für den Umgang mit den USA neu definieren würde. Unter anderem hatte er betont, dass die USA und Europa seit Jahren auseinanderdriften würden, und „die Überschneidung von Werten und Interessen, die unser Verhältnis zwei Generationen lang geprägt hat, abnehmen“ würde.

Grundlage der neuen Beziehung zu den USA sollte laut Maas die Idee einer ausgeglichenen Zusammenarbeit sein, und das Hauptziel der deutschen Außenpolitik die Schaffung eines starken und unabhängigen Europas.

Heute sind die neuen US-Sanktionen gegen Russland in Kraft getreten. Als Grund für die Ankündigung neuer Einschränkungen waren die Anschuldigungen gegen Russland wegen angeblichen C-Waffen-Einsatzes im britischen Salisbury angegeben worden.

Die Sanktionen sehen den Stopp jeglicher Hilfe für Moskau vonseiten der USA vor, „außer dringender humanitärer Hilfe, Lebensmitteln und anderen Agrarerzeugnissen“. Zudem wird das US-Außenministerium aufhören, russischen staatlichen Unternehmen Lizenzen zum Waffenexport sowie zum Export von Waren von doppelter Zweckbestimmung zu erteilen. Außerdem werden Russland „jegliche Kredite, Kreditsicherheit und andere finanzielle Unterstützung“ seitens der amerikanischen Behörden verweigert.

Ein zweites, härteres Sanktionspaket könnte im November beschlossen werden, dann könnten die Kreditgewährung für juristische Personen aus Russland sowie der Export und Import von Waren betroffen sein.

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte die neuen Sanktionen als kontraproduktiv und sinnlos bezeichnet. Dabei hatte er die Hoffnung geäußert, dass die USA die Ineffizienz dieser Politik begreifen und Moskau und Washington dann zur Zusammenarbeit einer normalen Gangart übergehen werden.

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine Tendenz zur Stabilisierung.

In den letzten 24 Stunden wurden **keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** festgestellt.

Die Erzählungen über nicht existente Siege des Kommandos der ukrainischen Armee sind in vier Jahren Krieg zu einer mehr als gewöhnlichen Erscheinung geworden, an die keiner mehr glaubt. Ihr Ziel ist der Erhalt weiterer Tranchen von den westlichen Partnern sowie die Anhebung des moralischen Zustands der Soldaten an der Front.

Die Errungenschaften der ukrainischen Armee können in zwei Arten aufgeteilt werden: erstens die Erklärungen über nicht existente Siege, wenn die ukrainischen Kämpfer auf Positionen zurückkehren, die sie zuvor eigenmächtig aufgegeben haben; zweitens das Vorrücken der ukrainischen Besatzer und die gewaltsame Einnahme von Ortschaften in der „grauen Zone“, wo es gemäß den Minsker Vereinbarungen keine Positionen der Volksmiliz gibt.

Solche Erklärungen des obersten ukrainischen Kommandos über angebliche Erfolge werden immer öfter kritisiert und dementiert, dabei dementieren sowohl ukrainische Kommandeure als Vertreter internationaler Beobachterorganisationen derartige Erklärungen. Ein deutliches Beispiel für einen Fake-Sieg der ukrainischen Streitkräfte ist die Einnahme von Solotoje-4, das sich zuvor bereits unter Kontrolle der ukrainischen Kämpfer befand.

Die ukrainischen Truppen installieren weiter Minensperre in der Nähe von Ortschaften in Gebieten, wo ihre Einheiten stationiert sind. Derzeit zeigen die Einheiten der 14. Brigade im Gebiet von Katerinowka Aktivität auf diesem Gebiet, was die Gesundheit und Sicherheit der örtlichen Einwohner gefährdet.

Außerdem ist der moralisch-psychischen Zustand des Personals dieser 14. Brigade weiterhin auf niedrigem Niveau.

Zuvor hatten wir über das kühne Vorgehen des Soldaten der ukrainischen Streitkräfte M.M. Jantschischin berichtet, der aufgrund von Quälereien von Seiten des Offizierspersonals auf den Leiter des Stabs des Bataillons und den Kommandeur der Kompanie geschossen hatte.

Uns sind neue Umstände dieses Falls bekannt geworden. So haben Oberstleutnant O.M. Gusienko und Major M.M. Didenko, die sich zur Behandlung in einem mobilen Hospital in Sewerodonezk befinden, versprochen, an ihrem Widersacher Vergeltung zu üben.

Ich rufe das Komitee der Soldatenmütter der Ukraine und die Rechtsschutzorganisationen auf, das Leben dieses Soldaten, den blutrünstige Kommandeure zu einem Verbrechen getrieben haben, unter ihren Schutz zu nehmen.

Obwohl der Gegner weiter seine Kräfte in der Zone der sog. OOS zusammenzieht, setzen wir wie bisher auf eine Regelung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg. Alle Versuche der ukrainischen Regierung, die Lage in unserem Land zu destabilisieren, werden mit einer Tragödie für die friedlichen Einwohner der Ukraine enden. Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen strikt ein, aber Fall ihres Bruchs durch die ukrainische Seite ist sie bereit entschieden zu handeln.

de.sputniknews.com: US-Zerstörer mit 28 Tomahawks an Bord: Ganz Syrien kommt in Reichweite – Moskau.

Der ins Mittelmeer eingelaufene US-Zerstörer mit 28 Tomahawk-Marschflugkörpern an Bord ist in der Lage, Angriffe auf das ganze syrische Territorium zu führen. Dies teilte am Montag das russische Verteidigungsministerium mit.

„Am 25. August ist der US-Zerstörer USS Ross mit 28 Tomahawk-Raketen im Mittelmeer eingetroffen, deren Reichweite Angriffe auf das ganze Territorium Syriens ermöglicht“, sagte

der Sprecher der Behörde, Generalmajor Igor Konaschenkow.

Diese Vorbereitungen bestätigen laut Konaschenkow das Vorhaben der USA, die Inszenierung eines Chemiewaffen-Einsatzes durch die Terroristen von Haiat Tahrir asch-Scham (ehemalige al-Nusra-Front) in der Provinz Idlib als Vorwand für einen neuen Angriff zu nutzen.

Diese Inszenierung laufe unter aktiver Beteiligung britischer Geheimdienste, fügte der Sprecher hinzu.

Zuvor war der US-amerikanische Zerstörer USS Sullivans mit 56 Marschflugkörpern in den Persischen Golf eingelaufen. Auf den US-Luftwaffenstützpunkt al-Udeid in Katar wurde außerdem der strategische Bomber B-1B verlegt, der mit 24 Luft-Boden-Marschflugkörpern JASSM bestückt ist.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31166/88/311668872.jpg>

de.sputniknews.com: USA sperren Himmel über Syrien: Rüstet Washington zum neuen Kampf?

Washington stationiert Radarsysteme in Syrien. Damit wird der ganze syrische Luftraum faktisch zu einer No-Fly-Zone.

Der IS in Syrien ist zerschlagen, die einzigen Kräfte, die noch mit den USA kooperieren, sind die Kurden. Diese Zusammenarbeit hatte seit mehreren Jahren bestanden und in dieser Zeit hatten es die kurdischen YPG-Einheiten geschafft, rund ein Drittel Syriens zu besetzen. Das Ende der Glückssträhne kam, als die türkischen Truppen die Kurden aus dem Norden und Nordwesten Syriens vertrieben haben. Der türkische Präsident Erdogan erklärte, um die Kurden endgültig davonzujagen, sei er sogar zu Kampfhandlungen gegen deren Verbündete – die USA – bereit.

Seither wird kolportiert, das Verhältnis zwischen den Kurden und den Vereinigten Staaten verschlechterte sich. Washington steht in Syrien zunehmend allein da, doch kommt ein Rückzug für die Washingtoner Hardliner offensichtlich nicht in Betracht.

Kurdische Medien verbreiten nämlich Informationen, wonach die US-Amerikaner entlang eines Landstrichs von der Stadt Manbidsch im Norden Syriens bis zur südlichen Grenze der Provinz Deir er-Zor Radaranlagen aufstellen.

Zu den Erklärungen von US-Präsident Trump über einen baldigen Rückzug amerikanischer Truppen aus Syrien passen diese Meldungen nicht so ganz. Es stellt sich vielmehr die Frage, ob Washington eventuell eine neue Kriegsetappe in Syrien vorbereitet.

Der russische Militärexperte Alexej Leonkow ist überzeugt: Auf den Rückzug der Amerikaner wird man trotz aller Versprechen noch lange warten müssen. „Ein Land, in dem sie kämpfen, verlassen die USA nur, wenn sie eine vollständig vernichtende Niederlage auf sich zukommen sehen. Sie gehen erst, wenn ihnen eine richtige Blamage droht.“

Für das russische Verteidigungsministerium kommt die Meldung über die Stationierung amerikanischer Radarsysteme in Syrien nicht überraschend: „Die Amerikaner haben seit langem einen Plan, Flugverbotszonen in Syrien zu schaffen“, sagte ein Sprecher. Im Grunde sei dieses Vorhaben letztes Jahr schon angekündigt worden, als die USA ein syrisches Flugzeug abschossen und den Piloten dann beschuldigten, in fremden Luftraum eingedrungen zu sein. Eine scheinbar absurde Erklärung: Natürlich konnte eine Maschine der offiziellen syrischen Regierung im Himmel über Syrien keine fremden Grenzen verletzt haben.

Diese Erklärung ergibt nur Sinn, wenn die US-Führung das selbsternannte kurdische Gebiet vom übrigen syrischen Staatsterritorium abspalten wollen. Dies würde die Spaltung des Landes noch weiter vertiefen und die Chance auf die Versöhnung der Kurden mit Damaskus weiter vermindern.

Derweil sind die Verhandlungen zwischen den innersyrischen Kräften in vollem Gange. Die Stationierung der Radarsysteme durch die Amerikaner wird sich darauf im Wesentlichen nicht auswirken, doch für die Zukunft werden damit Tatsachen geschaffen.

Die Wahrscheinlichkeit gefährlicher Vorfälle wird damit jedenfalls nicht verringert, erst recht nicht, wenn Damaskus die besetzten Gebiete durch Truppeneinsatz wieder zurückerobern müssen.

de.sputniknews.com: Moskau mal wieder schuld? Kiews Ex-Marinechef über „provozierte Krawalle“ in Ukraine.

Der ehemalige Befehlshaber der ukrainischen Seestreitkräfte, Vize-Admiral Sergej Gaiduk, hat Russland vorgeworfen, die Häfen von Mariupol und Berdjansk am Asowschen Meer unter ökonomischen Druck zu setzen mit dem Ziel, Volkskrawalle zu provozieren.

Russland „realisiert eine Strategie des Chaos“, sagte Gaiduk gegenüber dem ukrainischen Fernsehsender „Espreso TV“.

„Wir müssen uns klar darüber werden, dass in diesen Häfen bis zu 5000 Menschen arbeiten, die soziale Aktionen durchführen könnten, sollten sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Das heißt, es kann zu sozialen Schwankungen unter der Bevölkerung kommen (...)\", erläuterte Gaiduk. Die Situation werde dadurch, dass Mariupol unweit vom Donbass liege, noch komplizierter, fügte er hinzu.

„... Östlich von Mariupol ist unsere Küstengruppierung stationiert, die sich täglich Gefechtsbegegnungen mit dem Gegner liefert. Westlich von Mariupol und in der Stadt selbst kommt es zu Volksunruhen unter der Bevölkerung, weil die Menschen Arbeit und damit auch die Möglichkeit verlieren, den Unterhalt für ihre Familien zu gewährleisten ...“, so der Vize-Admiral.

Das ist nicht die erste Beschuldigung dieser Art gegen Moskau seitens pensionierter ukrainischer Militärs. Zuvor hatte der ehemalige Vize-Chef des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte, Igor Romanenko, erklärt, Russland habe einen Plan zur „Eroberung“ des südlichen und des östlichen Teils der Ukraine parat. Besondere Sorge bereiten ihm die vor der Asowschen Küste agierenden russischen Schnellboote, die mit Kalibr-Marschflugkörpern ausgerüstet sind.

Politologen und andere Experten sind jedoch der Meinung, dass Russland es nicht nötig habe, eine militärische Expansion zu unternehmen. Das Ziel derartiger Erklärungen sei es, „in Massenmedien in Erscheinung zu treten in der Hoffnung, sich irgendeine politische Zukunft zu sichern“.

Bereits früher hatte der stellvertretende ukrainische Minister für „besetzte Territorien“, Georgi Tuka, erklärt, Kiew könne der russischen Seekriegsflotte im Asowschen Meer lediglich ein obszönes Handzeichen entgegenhalten. Daher plane es, den UN-Sicherheitsrat oder die Nato um ein Marine-Geleit zu ersuchen, so Tuka.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/30167/59/301675942.jpg>

Mptdnr.ru: Heute am 27. August haben die staatlichen Unternehmen „Donezker Energiewerk“ und „Busbahnhöfe des Donbass“ eine Vereinbarung über die Lieferung von Bussen der höheren Klasse mit Dieselmotoren für Fahrten zwischen Städten getroffen.

„Für uns ist die Erneuerung des Busparks der Republik aktuell wie nie zuvor. Wir alle sehen, mit was für Fahrzeugen die Einwohner der Städte und Bezirke derzeit fahren müssen. Das betrifft auch die zwischenstädtischen Routen“, sagte der Direktor von „Busbahnhöfe des Donbass“ Wladislaw Gajduk.

„Zurzeit arbeiten wir an der großteiligen Montage neuer Busmodelle, die gerade für zwischenstädtische Fahrten vorgesehen sind. Der Bus wird mit einem Gepäckabteil, zusätzlichen Fächern für Handgepäck im oberen Teil des Fahrgastraums, bequemen weichen Sitzen für lange Fahrten ausgestattet sein. Grundlegend verändert wird nicht nur das Aussehen und die Einrichtungen, der Antrieb wird leistungsfähiger und sparsamer. Dieselmotoren sind teurer, aber gemäß den vorliegenden Bedürfnissen der Republik werden sie von vielen Beförderungsunternehmen nachgefragt“, berichtete der Direktor des „Donezker Energiewerks“ Alexej Jarosch.

de.sputniknews.com: Syrische Luftabwehr in höchste Gefechtsbereitschaft versetzt – Medien
Die syrische Luftabwehr ist landesweit in höchste Gefechtsbereitschaft versetzt worden. Dies meldet die Online-Zeitung „Al-Masdar-News“ unter Berufung auf regierungsnahen Journalisten.

Eine Quelle vom Luftwaffenstützpunkt Mezzeh bestätigte gegenüber der Zeitung, dass Militärs den Befehl erhalten hätten, sich auf einen möglichen Schlag gegen Damaskus vorzubereiten.

Der genaue Grund, warum die Luftabwehrsysteme in höchste Gefechtsbereitschaft versetzt wurden, wurde nicht genannt. Offenbar hängt das mit der Gefahr eines baldigen US-Angriffs zusammen.

Das russische Verteidigungsministerium hat mitgeteilt, der US-Zerstörer USS Ross sei am 25. August mit 28 Tomahawk-Marschflugkörpern an Bord im Mittelmeer eingetroffen. Die Reichweite der Raketen ermögliche Angriffe auf dem ganzen Territorium Syriens. Zuvor war die USS Sullivans mit 56 Marschflugkörpern an Bord in den Persischen Golf eingelaufen. Auf den US-Luftwaffenstützpunkt al-Udeid in Katar wurde außerdem der strategische Bomber B-1B verlegt, der mit 24 Luft-Boden-Marschflugkörpern JASSM bestückt ist.

Das Ganze zeugt laut dem Verteidigungsministerium in Moskau davon, dass die USA die mögliche Inszenierung eines Chemiewaffen-Einsatzes durch die Terroristen von Haiat Tahrir asch-Scham (ehemalige al-Nusra-Front) in der Provinz Idlib als Vorwand für einen neuen

Angriff nutzen wollen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32211/22/322112218.jpg>

Dnr-online.ru: Heute, am 27. August, hat in Zchinwali, der Hauptstadt der Republik Südossetien, die Zeremonie der Unterzeichnung einer Vereinbarungen über Zusammenarbeit zwischen den Obersten Gerichtshöfen der DVR und der Republik Südossetien stattgefunden. Das Dokument unterzeichneten der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs der DVR Eduard Jakubowskij und die Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs der Republik Südossetien Olesja Kotschijewa.

Bei der Zeremonie waren das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko und der Präsident der Republik Südossetien Anatolij Bibilow anwesend.

Nach der Unterzeichnung unterstrich Alexandr Sachartschenko gegenüber der Presse die große Bedeutung der Vereinbarung für die Stärkung der zweiseitigen Zusammenarbeit der Länder.

„Heute ist ein bedeutsamer Tag für die Gerichtssysteme unserer Staaten. Es wurde ein weiterer Schritt zur Annäherung unserer Brudervölker getan. Ich bin überzeugt, dass unsere Beziehungen mit jedem Jahr nur stärker werden“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Nach dem Abschluss der Zeremonie tauschten die Seiten Geschenke aus.

Außerdem wurden durch einen Erlass des Präsidenten der Republik Südossetien der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs der DVR Eduard Jakubowskij und der Vorsitzende des republikanischen Rats der Gewerkschaft der Arbeiter des Gerichtssystems Michail Kulbida mit dem Orden der Völkerfreundschaft ausgezeichnet.

de.sputniknews.com: „Schlimmstes Szenario“ des Kalten Krieges: Russische Botschaft zu neuen US-Sanktionen

Die russische Botschaft in Washington hat am Montag auf Facebook die jetzige Situation um die Beziehungen zwischen den USA und Russland als Umsetzung der „schlimmsten Szenarien“ des Kalten Krieges bezeichnet.

„Die Realisierung der ‚schlimmsten Szenarien‘ des Kalten Krieges, die die Welt noch vor 30 Jahren für immer hätte aufgeben müssen, liegt auf der Hand. Stattdessen stellt sich heraus, dass niemand gegen einen starken Druck Washingtons abgesichert ist. Nicht alle können dem standhalten. Russland kann dies“, geht aus einer Mitteilung der Botschaft auf Facebook hervor.

Wie es dort weiter heißt, akzeptiere Russland nicht die unfreundlichen Sanktionsschritte Washingtons. Sie würden jedoch keine Auswirkung auf Russlands Entschlossenheit haben, in der internationalen Arena selbständig zu agieren.

„Die US-amerikanische Öffentlichkeit muss wissen, dass die Sanktionen gegen Russland erfolglos und aussichtslos sind. Sie entsprechen weder den Interessen des russischen noch des US-amerikanischen Volkes“, heißt es.

Die mit dem Fall in Salisbury motivierten US-Sanktionen gegen Russland sind am Montag in Kraft getreten.

Am 4. März wurden laut der Regierung Großbritanniens der ehemalige russische Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter Julia in der britischen Stadt Salisbury vergiftet.

Großbritannien macht Moskau für den Vorfall verantwortlich, dem es den Einsatz des Nervenkampfstoffes A234 vorwirft.

Die Beschuldigungen erwiesen sich als falsch. Der Chef des Geheimlabors des britischen Verteidigungsministeriums sagte, dass Fachleute die Herkunft des Giftstoffes von Salisbury nicht bestimmen konnten. An selben Tag gestand das britische Außenministerium ein, es habe die Schlussfolgerungen über Russlands Beteiligung an der Vergiftung der Skripals unter anderem auf Grundlage eigener Einschätzungen der Informationen gezogen.

Russland wies die Vorwürfe eines Giftangriffs auf die Skripals entschieden zurück. Der russische Außenminister Sergej Lawrow äußerte, die Causa Skripal zerfalle offensichtlich angesichts der fehlenden Beweise über eine Verwicklung Moskaus.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32211/11/322111133.jpg>

Abends:

de.sputniknews.com: Ukraine macht Verteidigungsetat für 2019 publik.

Der Sekretär des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine (SNBO), Alexander Turtschinow, hat mitgeteilt, wieviel das Land im Jahr 2019 für die Verteidigung ausgeben wird. Dies meldet der Pressedienst des SNBO am Montag.

Dem Pressedienst der Behörde zufolge werden die Militärausgaben der Ukraine im kommenden Jahr etwa 200 Milliarden Griwna (zirka 6,2 Milliarden Euro) betragen.

Wie Turtschinow mitteilte, sagt die Regierung voraus, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 etwa 3946 Milliarden Griwna (etwa 122,35 Milliarden Euro) betragen werde und daher die „Finanzierung des Sektors der Sicherheit und Verteidigung der Ukraine, die nicht weniger als 5 Prozent vom BIP ausmachen muss, mit etwa 200 Milliarden Griwna (etwa 6,2 Milliarden Euro) vorgesehen ist“.

Es wird betont, dass diese Mittel für die Entwicklung und Anschaffung von moderner hochpräziser Raketenrüstung (Raketensysteme und Raketenkomplexe, darunter Marschflugkörper) und Militärtechnik sowie für die Verbesserung der Möglichkeiten der ukrainischen Luftstreitkräfte bereitgestellt werden müssten.

Dabei wird unterstrichen, dass ein Teil der Mittel für die Verstärkung der Cyber-Sicherheit der

Ukraine ausgegeben werde.

Zuvor haben die ukrainischen Medien geschrieben, dass das Staatsbudget der Ukraine allein für die erste Hälfte 2018 mit einem Defizit in Höhe von 13,3 Milliarden Griwna (etwa 412,4 Millionen Euro) erfüllt worden sei.

de.sputniknews.com: Moskau: „Werden USA zu Respekt zwingen“

Moskau wird Washington dazu zwingen, Russland zu respektieren. Das sagte der russische Vizeaußenminister Sergej Rjabkow am Montag gegenüber dem Fernsehsender „Rossija 1“ in Bezug auf die neuen US-Sanktionen.

„Die Arroganz der Stärke, die absolute Überzeugung von der eigenen Ausschließlichkeit sowie davon, dass die USA eine einzelne, über allen stehende Gemeinschaft der von Gott gesegneten Leute, Strukturen und Politiker sind, gewinnt jetzt völlig die Oberhand“, so Rjabkow.

Zudem sagte er, dass Russland mit Wort und Tat das Gegenteil beweisen werde.

„Letzten Endes werden wir sie dazu zwingen, uns zu respektieren und unsere Meinung in Betracht zu ziehen“, unterstrich der Diplomat.

Rjabkow hatte sich bereits zuvor über die Perspektiven der russisch-amerikanischen Beziehungen recht scharf geäußert.

So hatte er am Donnerstag gesagt, die USA sollen nicht das Gefühl haben, für die Sanktionen gegen einzelne Personen Russlands nicht bestraft zu werden.

Die russische Regierung hatte zuvor erklärt, sie habe Maßnahmen im Falle der Verhängung von Sanktionen gegen die Staatsschulden konzipiert. Am Montag hatte der Kreml erklärt, Russland werde ausgehend von den eigenen Interessen über Gegenmaßnahmen zu den neuen Sanktionen Washingtons entscheiden.

Die mit dem Fall in Salisbury motivierten US-Sanktionen gegen Russland sind am Montag in Kraft getreten.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32211/37/322113735.jpg>

de.sputniknews.com: Russland findet Ersatz für Siemens-Turbinen.

Russland hat einen Ersatz für Gasturbinen des deutschen Technologiekonzerns Siemens gefunden. Für die Entwicklung russischer Turbinen wird Russlands großer Kraftanlagenbauer Silowyje Maschiny (Power Machines) zuständig sein. Das gab der russische Vize-Premier Dmitri Kosak am Montag in einem Interview mit der Agentur RBK bekannt.

Laut Kosak erarbeitet die Regierung zurzeit eine Roadmap zum Importersatz zur Produktion von Gasturbinen.

Diese Arbeit stehe kurz vor ihrem Abschluss. Die Behörden betrachteten sie als Lösung einer Doppelaufgabe: die Gewährleistung der technologischen Sicherheit Russlands und die

Unterstützung der unter die Sanktionen gefallenen Unternehmen.

Als Initiator des Projekts treten „Silowyje Maschiny“ und ihr Hauptaktionär Alexej Mordaschow auf.

Noch im April hatte er Kosak zufolge um 50 Prozent der für die Umsetzung dieses Projekts vom Staat bereitzustellenden Mittel – 7,5 Milliarden Rubel (zirka 96 Millionen Euro) — gebeten.

„Wir müssen alles kalkulieren. Die Aufgabe der Regierung besteht natürlich darin, die Ausgaben aus dem Staatshaushalt selbst für solch wichtige Dinge zu minimieren“, sagte Kosak.

Wie er weiter betonte, soll die Inbetriebnahme der ersten Turbine in drei bis vier Jahren erfolgen.

Nach der Wiedervereinigung der Schwarzmeer-Halbinsel Krim mit Russland und der anschließenden Verhängung von EU-Sanktionen gegen Russland war 2017 ein Skandal um die Turbinen des deutschen Technologiekonzerns Siemens ausgebrochen. Das Unternehmen erklärte, dass der russische Konzern Technopromexport (TPE) 2015 vier Turbinen aus Siemens-Produktion „rechtswidrig“ auf die Krim geliefert haben soll.

Anfang Januar 2018 hatte das Schiedsgericht in Moskau der Klage der russischen Siemens-Tochtergesellschaft, Siemens Gasturbinen-Technologie, gegen zwei Tochterunternehmen des Konzerns Rostec zur Rückgabe der besagten Turbinen nicht stattgegeben.